

Die Novemberrevolution 1918 (Nr. 80)

Letzte Aktualisierung Donnerstag, 27. September 2018

Anmerkungen zur Geschichte

Vor 100 Jahren kam es in Deutschland erneut zu gewaltigen politischen Auseinandersetzungen. Sie nahmen ihren Anfang bei den Soldaten und Matrosen der kaiserlichen Armee und richteten sich gegen die Fortsetzung des Krieges. Seit 1914 führten mehrere Staaten gegeneinander einen Krieg bisher ungeahnten

Ausmaßes – den I. Weltkrieg. Deutschland war eine der führenden Kriegsparteien und leistete sich Kämpfe gegen Frankreich, Russland und Großbritannien. Es führe zu weit, an dieser Stelle alle Konstellationen der am Krieg beteiligten Kräfte zu erläutern.

Ein wesentliches Ereignis während dieses Krieges war zweifelsohne die Oktoberrevolution in Russland 1917. Die Gegensätze zwischen den Herrschenden und dem einfachen Volk, das längst keine Lust mehr hatte, seine Haut zu Markte zu tragen, wurden immer offensichtlicher. Das erste Dekret der an die Macht gekommenen Bolschewiki bezog sich deshalb auch auf die Beendigung des Krieges und die Herstellung des Friedens. Nach langen Verhandlungen wurde am 3. März 1918 ein Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet, der Vertrag von Brest-Litowsk. Der Vertragspartner Deutschland erhoffte sich davon, seine militärischen Kräfte auf die Front im Westen, also Frankreich zu konzentrieren. Das gelang allerdings nicht in dem gewünschten Maße.

Unter der deutschen Bevölkerung, vor allem aber unter den einfachen Soldaten und Matrosen wuchs die Unzufriedenheit über das Elend und die sinnlosen Kämpfe.

Bereits im Januar 1918 kam es zu einem Generalstreik, der vor allem in Berlin zehntausende Menschen auf die Straße brachte. Für die herrschende Monarchie war das ein angsteinflößendes Ereignis. Mitten im Krieg wehrten sich die arbeitenden Massen gegen die Politik der Mächtigen. In dieser Situation nahmen rechte Sozialdemokraten ihre Rolle als Steigbügelhalter der Bourgeoisie wahr. Leute wie Scheidemann und Ebert ließen sich in die Streikkomites wählen und hatten dabei nur eines im Auge: Die Streikbewegung möglichst schnell zu zerschlagen. Das gelang ihnen auch. Im Verlaufe des Jahres 1918 kam es aber immer wieder zu Aufständen, Streiks und Meutereien. Diese mündeten am 3. November 1918 im Aufstand der Kieler Matrosen. Sie erhoben sich gegen den Kaiser und forderten die Gründung einer Republik. An vielen Orten kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Auf den Schiffen wurden rote Fahnen gehisst. Am Abend des 4. November war Kiel in der Hand der revolutionären Arbeiter, Soldaten und Matrosen.

In dieser

Situation traten erneut rechte Sozialdemokraten als Sachwalter der Herrschenden in Erscheinung. Gustav Noske wurde nach Kiel beordert, um die Lage zu „beruhigen“. Noske tat sich später mit dem Bekenntnis „Einer muss ja der Bluthund sein“ bei der Niederschlagung von Arbeiteraufständen hervor. Er war der einzige Sozialdemokrat, der die Funktion des Reichswehrministers ausübte. Von „sozial“ und „demokratisch“ war bei ihm allerdings nie etwas zu bemerken.

Trotz des Auftretens von Noske ergriff der Aufstand innerhalb weniger Tage ganz Deutschland. Bereits am 4. November schien in Stuttgart die Zeitung „Die rote Fahne“.

SPD und die erst neu gegründete USPD sahen in dieser Situation ihre Aufgabe darin, die Massenbewegungen möglichst einzudämmen. So fanden z.B. mit dem Oberbürgermeister von Köln, Adenauer, Gespräche über die Beruhigung der Lager statt.

Am 9. November griffen die Kämpfe auch auf Berlin über. Arbeiter- und Soldatenräte hatten alle wichtigen Einrichtungen besetzt. Bis auf wenige Ausnahmen weigerten sich die Soldaten, gegen die Arbeiter zu kämpfen oder schlossen sich ihnen an. Am Nachmittag verkündete Philipp Scheidemann das Ende der Monarchie und rief eine Republik aus. Wenige Stunden danach rief Karl Liebknecht eine freie sozialistische Republik aus. Friedrich Ebert war inzwischen zum Reichskanzler ernannt worden. Am 10. November floh der Kaiser Wilhelm II. nach Holland.

Am 11. November 1918 wurde mit einem Waffenstillstandsabkommen das Ende des Krieges besiegelt.

Innerhalb einer Woche hatten sich die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland grundlegend geändert. Die Monarchie war beendet, Deutschland wurde eine Republik.

Am 19. Januar 1919 fand in Weimar die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung statt. Die Weimarer Republik war geboren. Allerdings blieb die Revolution auf halbem Wege stehen. Die rechten Führer der Sozialdemokratie setzten all ihre Kraft ein, um eine Entwicklung wie in Sowjetrußland zu verhindern. Sie fürchteten eine Entwicklung zum Sozialismus wie der Teufel das Weihwasser. Aus diesem Grund taten sie alles, um die alten Machtstrukturen im Beamtenapparat, in der Justiz und beim Militär zu erhalten. Ebenso blieben die Eigentumsverhältnisse der Bourgeoisie und der Junker unangetastet. Sie hat damit die Grundlagen für den kommenden Niedergang Deutschlands und der Errichtung eines

beispiellosen verbrecherischen Systems gelegt.

Die

Führer der SPD zeichneten sich bereits damals durch eine antikommunistische Haltung aus, die sich konkret gegen die Entwicklung Sowjetrusslands richtete. Am 5. November 1918, also mitten in den revolutionären Kämpfen, wurden mit ihrer Unterstützung die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrussland aufgehoben. Die Botschaft wurde geschlossen und das gesamte Personal aus dem Lande ausgewiesen. Anlass für diese Aktion war eine Kiste, die angeblich zum Kuriergepäck der Botschaft gehörte. Sie platzte auf dem Bahnhof Friedrichstraße. In ihr befanden sich Flugblätter mit dem Aufruf zur Revolution. Wie später bekannt wurde, hatte die Idee für diese Provokation Scheidemann.

Zu

diesem Zeitpunkt existierte Sowjetrussland gerade mal ein Jahr. Botschafter war damals Adolf Abramowitsch Jaffe, der an den Brest-Litowsker Verhandlungen führend teilnahm, bevor er von Trotzki abgelöst wurde. Erst im Juli 1922 übernahm wieder ein Vertreter der Sowjetunion, Nikolai Krestinski, das Amt des Botschafters.

Die

Novemberrevolution in Deutschland hatte trotz aller Unzulänglichkeiten eine große Ausstrahlung auch auf die Entwicklung in anderen Ländern. In Österreich und Ungarn wurden bürgerlich-demokratische Republiken ausgerufen, Polen konstituierte sich als selbständiger Staat. Demonstrationen und Streiks gab es in Frankreich, Holland und in der Schweiz. Auch in England kam es zu Arbeitskämpfen.

So

begann das 20. Jahrhundert mit einschneidenden Veränderungen in der politischen Landschaft. Das Zeitalter des Absolutismus war beendet, überall entstanden bürgerliche Demokratien.

Die

Umwälzungen, die damals begannen, sollten sich bis heute fortsetzen. Unsere Zeit ist von Veränderungen geprägt und deren Ende ist längst nicht in Sicht.

Horst Schumann